

Ratsherr Grassau erklärt sich für Befangen und beginnt den Raum zu verlassen. Herr Oberbürgermeister Bergmann wendet ein, dass Herr Grassau als Verwaltungsratsvorsitzender nicht befangen sei, da die Ratsversammlung ihn in den Verwaltungsrat entsandt habe. Herr Grassau verbleibt daraufhin in der Sitzung.

Herr Oberbürgermeister Bergmann führt in die Vorlage ein und erläutert die Hintergründe.

Ratsherr Kühl bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet ihn. Der Änderungsantrag wird im Ratsinformationssystem bei TOP 24 hinterlegt. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ratsversammlung bis zur Ratsversammlung im Februar 2023 eine alternative Option zu dem bestehenden Immobilienkonzept des Kiek in! auch unter Einbezug alternativer Standorte zu entwickeln. Ein funktionsfähiges modernes Internat sowie eine dem heutigen Bildungsanspruch entsprechende zukunftsfähige VHS sind durch die Stadt sicherzustellen. Eine möglich Alternative muss baulich bis spätestens Mitte 2026 realisierbar sein. Die Funktionsfähigkeit der Nutzungen ist bis dahin vollumfänglich zu gewährleisten.“
2. Weitere vertiefende Planungen und die Baumaßnahmen am Kiek in! sind bis zur Entscheidung der Ratsversammlung über diese Option zurückzustellen. Bis dahin sind keine weiteren Kredite zur Finanzierung der Baumaßnahmen aufzunehmen.“

Der Antrag und der Änderungsantrag werden intensiv diskutiert und die Bedeutung einer guten Unterbringung der Landesberufsschüler/-innen betont.

Ratsfrau Hartmann stellt einen Antrag auf Vertagung mit der Maßgabe, dass Herr Oberbürgermeister Bergmann mit allen Beteiligten eine gemeinsame Lösung erarbeiten solle.

Der Antrag auf Vertagung wird kontrovers diskutiert. Ratsherr Kühl bemängelt zudem, dass das Kiek in! geforderte Zahlen zu Verträgen zunächst nicht und anschließend falsch geliefert habe. Dadurch sei die Beratung erschwert worden.

Der Antrag auf Vertagung wird mit 2 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wird mit 29 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.